



Dezernat III	Az. 51	Datum 28.10.2013
--------------	--------	------------------

Nr. V591/2013

Betreff:

**Modell der Kinder- und Jugendbeteiligung in Mannheim
Von der Erprobung neuer Angebote zur Implementierung**

Betrifft Antrag/Anfrage Nr.

Antragsteller/in:

Eilentscheidung gemäß § 43 GemO i. V. m. § 20 Abs. 3 Hauptsatzung

Beratungsfolge	TOP	Sitzungstermin	Öff.	N.Ö.	Empfehlung	Beschluss
1. Hauptausschuss-Etat	1.7	3.12.2013	X			
2. Gemeinderat-Etat		9.12.-11.12.13	X			
3.						
4.						

Vorgeschlagene Maßnahme zur Bürgerbeteiligung

Implementierung des Modells der Kinder- und Jugendbeteiligung in Mannheim

Einladung an Bezirksbeirat/Sachverständige

Finanzielle Auswirkungen ?

ja

nein

Beschluss/Antrag:

Die Erprobung des Modells der Kinder- und Jugendbeteiligung in Mannheim wird beendet und mit der Implementierung begonnen. Nach der Implementierung wird die Kinder- und Jugendbeteiligung ins Regelangebot der Jugendarbeit überführt.

Folgendes Angebotspaket wird zukünftig als Regelangebot den Kindern und Jugendlichen im Rahmen eines überarbeiteten Konzepts der Kinder- und Jugendbeteiligung in Mannheim zur Verfügung gestellt:

- sieben Stadtteilversammlungen pro Jahr als Schwerpunkt des Beteiligungsmodells,
- ein Kindergipfel, alle 4 Jahre,
- ein Jugendgipfel, alle 4 Jahre (alternierend mit Kindergipfel),
- ein Beirat zur Förderung der Kinder- und Jugendbeteiligung in Mannheim,
- eine virtuelle Kommunikationsplattform und andere Formen der Öffentlichkeitsarbeit,

- ein Kinder- und Jugendbüro ist für die Phase der Implementierung zunächst befristet bis 31.12.2015, mit einer Erweiterungsoption um weitere 2 Jahren bis 31.12.2017.

Für die Implementierungsphase (2014 - 2015) wird der Ressourcenbedarf wie in der Erprobungsphase (2012 - 2013) angesetzt. Neben den Mitteln für 1,5, Personalstellen (davon rd. 45.000,- Euro für 0,75 Stellen bei Fachbereich 51 und 38.000,- Euro als Transfer für 0,75 Stellen beim Stadtjugendring Mannheim e.V.) sind wie im vergangenen Doppelhaushalt Sachmittel in Höhe von 45.000,- Euro eingestellt. Die anfallenden Kosten sind im Haushalt der Fachbereiche 51 und 15 finanziert.

Finanzielle Auswirkungen:

1) **Einmalige Kosten/ Erträge**

Gesamtkosten der Maßnahme		€
Objektbezogene Einnahmen (Zuschüsse usw.)	./.	€
Kosten zu Lasten der Stadt		€

2) **Laufende Kosten / Erträge**

Laufender Betriebs- und Unterhaltungsaufwand nach Fertigstellung der Baumaßnahme, Inbetriebnahme der Einrichtung bzw. Durchführung der Maßnahme (einschl. Finanzierungskosten)		128.000,- €
zu erwartende Erträge	./.	0,- €
jährliche Belastung		128.000,- €

Strategische Ziele:

Die Vorlage leistet voraussichtlich einen Beitrag zu folgenden strategischen Zielen:

direkt mittelbar

Stärkung der Urbanität

„Mannheim bietet mit einer ökologisch und sozial ausgewogenen Urbanität die Vorzüge einer Metropole auf engem Raum ohne die damit sonst verbundenen negativen Eigenschaften von Megacities.“

Talente überdurchschnittlich gewinnen, entwickeln und halten

„Mannheim etabliert sich als Stadt der Talente und Bildung und gewinnt mehr Menschen für sich.“

Zahl der Unternehmen und (qualifizierten) Arbeitsplätze in Mannheim steigern

„Mannheim gewinnt überdurchschnittlich Unternehmen und Gründer/innen“

Toleranz bewahren, zusammen leben

„Mannheim ist Vorbild für das Zusammenleben in Metropolen.“

Bildungserfolg der in Mannheim lebenden Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen erhöhen

„Mannheim ist Vorbild für Bildungsgerechtigkeit in Deutschland.“

Die zentralen Projekte „Kulturhauptstadt 2020“ und Masterplan Kreativwirtschaft erfolgreich umsetzen

„Mannheim ist in der Spitzengruppe der besonders stadtkulturell und kreativwirtschaftlich geprägten und wahrgenommenen Städte.“

Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der Mitwirkung

„Mannheims Einwohnerinnen und Einwohner sind überdurchschnittlich bürgerschaftlich engagiert und werden von der Stadt in besonderem Maße unterstützt.“

Dr. Kurz

Dr. Freundlieb

Ziel der Kinder- und Jugendbeteiligung in Mannheim ist die Einbindung von Kindern und Jugendlichen in kommunale politische Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse. Kinder und Jugendliche sollen selbstverständlich mitreden, mitbestimmen und mitgestalten. Sie bringen ihre Anliegen selbst vor, diskutieren mit und bereiten Entscheidungen mit vor. Dazu braucht es eine Kommunikationskultur mit einer grundsätzlich positiven Haltung zur Kinder- und Jugendbeteiligung in allen Bereichen der Stadtgesellschaft.

Das bedeutet konkret, dass mehr Kinder und Jugendliche ihre Anliegen bei möglichst vielen Gelegenheiten selbst vorbringen und öffentlich diskutieren können. Sie tun das in ihrem direkten Lebensumfeld und es geht um Anliegen, die sie ganz konkret betreffen. Dabei sollen sie erleben, dass Entscheidungen in einem politischen Aushandlungsprozess mit anderen Interessengruppen getroffen werden. Sie erleben Politik als gestaltbar und erkennen das wechselseitige Verhältnis von Mitspracherechten und Verantwortungsübernahme.

Es geht darum, dass Kinder- und Jugendinteressen in Form von Anliegen artikuliert und wahrgenommen werden. Dabei sollen Kinder und Jugendliche demokratische Willensbildungsprozesse regelmäßig erleben und für sich als wichtig und wertvoll betrachten.

Angesprochen und erreicht werden sollen alle Mädchen und Jungen in Mannheim, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, ihrem Bildungsstand, ihren Migrationserfahrungen und Behinderungen. Dies bedingt eine Vielfalt von Beteiligungsformen, die auf den jeweiligen Entwicklungs- und Erfahrungsstand der Kinder und Jugendlichen angemessen eingehen kann.

Die Kinder- und Jugendbeteiligung ist ein wichtiger Baustein der Bürgerbeteiligung in Mannheim. Dies dokumentiert der Abschlussbericht des CHANGE²-Projektes Nr. 9 „Stärkung der bürgerschaftlichen Beteiligung und des bürgerschaftlichen Engagements - Mannheims Weg zur Bürgerstadt“, der im Juni 2013 von dem Change²-Lenkungsausschuss entgegen genommen wurde.

Mit dem Beschluss der Vorlage Nr. 450/2010 „Modell der Kinder- und Jugendbeteiligung“ im Hauptausschuss am 23. November 2010 wurde die Verwaltung beauftragt, im Jahr 2011 die neuen Elemente der Kinder- und Jugendbeteiligung zu erproben. Mit der Informationsvorlage Nr. 35/2012 „Erprobung des Modells der Kinder- und Jugendbeteiligung in Mannheim“ wurde dem Gemeinderat im Jahr 2012 ein ausführlicher Bericht über die erste Erprobungsphase vorgelegt.

In der ersten Erprobungsphase (2011) zeigte sich, dass ein Teil der Zielsetzungen, die mit dem neuen Beteiligungsmodell verfolgt werden sollten, umgesetzt werden konnte. An vielen, oft zentralen Punkten zeigte sich jedoch ein weiterer deutlicher Entwicklungsbedarf. Darüber hinaus konnten in der ersten Erprobungsphase (2011) nicht alle neuen Elemente des Modells wie der zentrale Kinder- und Jugendgipfel konzipiert und durchgeführt werden. Aus diesem Grund verlängerte die Verwaltung die Erprobungsphase auf weitere zwei Jahre bis Ende 2013. In dieser Zeit wurde das Konzept der Stadtteilversammlungen weiter entwickelt, das Konzept für einen zentralen Kinder- und Jugendgipfel erarbeitet und getestet, die Internetplattform weiter ausgebaut und Erfahrungen in dem Umgang mit den Beteiligungsergebnissen ausgewertet.

Die zweite Erprobungsphase (2012 – 2013) führte zu neuen wichtigen Erkenntnissen, der Überprüfung von Modellannahmen und zur Konkretisierung der Vorstellungen, wie die Angebote der Kinder- und Jugendbeteiligung in Mannheim in den nächsten Jahren gestärkt werden können. Insbesondere die Stadtteilversammlungen haben sich als ein vielversprechender Ansatz erwiesen. Dem entsprechend wird vorgeschlagen, das Konzept der Kinder- und Jugendbeteiligung in Mannheim den aktuellen Anforderungen anzupassen, die Erprobung zu beenden und mit der Implementierung zu beginnen.

Für die Implementierungsphase (2014 - 2015) wird der gleiche Ressourcenbedarf wie in der zweiten Erprobungsphase (2012 – 2013) angesetzt. Sie erfordert neben 1,5 Personal-Stellen jährlich Sachmittel in Höhe von 45.000,- Euro.

Es wird weiterhin vorgeschlagen, zukünftig folgendes Angebotspaket als Regelangebot den Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Kinder- und Jugendbeteiligung in Mannheim zur Verfügung stellen:

- sieben Stadtteilversammlungen pro Jahr als Schwerpunkt des Beteiligungsmodells
- ein Kindergipfel, alle 4 Jahre,
- ein Jugendgipfel, alle 4 Jahre, (alternierend mit Kindergipfel),
- ein Beirat zur Förderung der Kinder- und Jugendbeteiligung in Mannheim,
- eine virtuelle Kommunikationsplattform und andere Formen der Öffentlichkeitsarbeit.

Die Erprobung des Modells der Kinder- und Jugendbeteiligung in Mannheim wird beendet und mit der Implementierung begonnen. Nach der Implementierung wird die Kinder- und Jugendbeteiligung ins Regelangebot der Jugendarbeit überführt.

Folgendes Angebotspaket wird zukünftig als Regelangebot den Kindern und Jugendlichen im Rahmen eines überarbeiteten Konzepts der Kinder- und Jugendbeteiligung in Mannheim zur Verfügung gestellt:

- sieben Stadtteilversammlungen pro Jahr als Schwerpunkt des Beteiligungsmodells,
- ein Kindergipfel, alle 4 Jahre,
- ein Jugendgipfel, alle 4 Jahre (alternierend mit Kindergipfel),
- ein Beirat zur Förderung der Kinder- und Jugendbeteiligung in Mannheim,
- eine virtuelle Kommunikationsplattform und andere Formen der Öffentlichkeitsarbeit,
- ein Kinder- und Jugendbüro ist für die Phase der Implementierung zunächst befristet bis 31.12.2015, mit einer Erweiterungsoption um weitere 2 Jahren bis 31.12.2017.

Für die Implementierungsphase (2014 - 2015) wird der Ressourcenbedarf wie in der Erprobungsphase (2012 - 2013) angesetzt. Neben den Mitteln für 1,5, Personalstellen (davon rd. 45.000,- Euro für 0,75 Stellen bei Fachbereich 51 und 38.000,- Euro als Transfer für 0,75 Stellen beim Stadtjugendring Mannheim e.V.) sind wie im vergangenen Doppelhaushalt Sachmittel in Höhe von 45.000,- Euro eingestellt. Die anfallenden Kosten sind im Haushalt der Fachbereiche 51 und 15 finanziert.

Modell der Kinder- und Jugendbeteiligung in Mannheim

Von der Erprobung neuer Angebote zur Implementierung

Inhalt

1. Einleitung

2. Zielsetzung für die Erprobungsphase

3. Erprobungsphase (2011- 2013)

- 3.1 Überblick über die Aktivitäten der Erprobungsphase
- 3.2 Übersicht über die Ergebnisse der Erprobungsphase
- 3.3 Ergebnisse der Stadtteilversammlungen, der Schulprojekte und des Jugendgipfels
- 3.4 Ergebnisse weiterer Beteiligungsprojekte
- 3.5 Kooperationen mit Gemeinderat, Bezirksbeiräten, Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe
- 3.6 Schlussfolgerungen aus den Erfahrungen der Erprobungsphase

4. Implementierungsphase (2014-2015) – Konzept zur Kinder- und Jugendbeteiligung in Mannheim

- 4.1 Zielsetzung für die Implementierungsphase
- 4.2 Handlungsansätze zur Umsetzung des Beteiligungskonzepts
 - 4.2.1 Stadtteilversammlungen (Schwerpunkt)
 - 4.2.2 Kindergipfel
 - 4.2.3 Jugendgipfel
 - 4.2.4 Projektorientierte Beteiligung
 - 4.2.5 Weitere Aktivitäten zur Förderung der demokratischen Beteiligungskultur
 - 4.2.6 Beirat zur Förderung der Kinder- und Jugendbeteiligung in Mannheim
 - 4.2.7 Virtuelle Kommunikationsplattform und andere Formen der Öffentlichkeitsarbeit
 - 4.2.8 Andere Formen der Öffentlichkeitsarbeit
 - 4.2.9 Kinder- und Jugendbüro „68 Deins“
 - 4.2.10 Steuerungsteam
 - 4.2.11 Kooperation mit Politik, Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe

5. Evaluation und Qualitätssicherung

6. Anlagen

- Anlage 1: Das Konzept der Stadtteilversammlungen
- Anlage 2: Richtlinien zur Nutzung von Facebook / Sozialen Netzwerken in den städtischen Jugendeinrichtungen und bei den zentralen Angeboten des Jugendamtes / Abteilung Jugendförderung
- Anlage 3: Tabellarische Übersicht der Veranstaltungen - Statistik (2011 – 2013)

Modell der Kinder- und Jugendbeteiligung in Mannheim

Von der Erprobung neuer Angebote zur Implementierung

1. Einleitung

„Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist ein Gebot unserer Zeit! Es geht im Eigentlichen darum, dass sich junge Menschen mit ihrem Lebensraum identifizieren und sich zu kritischen, interessierten, weitsichtigen und engagierten (jungen) Bürger/innen entwickeln können. Es geht um Gegenwart und Zukunft zugleich, denn die jungen Bürger/innen brauchen Lebens-, Dialog- und Beteiligungsräume in der Kommune. Je positiver dabei diese Räume erfahren werden umso größer ist die Identifikation mit dem Gemeinwesen. Dabei stehen Mitreden, Mitentscheiden und Mitgestalten im Mittelpunkt.“

(Jugend BeWegt Baden-Württemberg)

2. Zielsetzungen für die Erprobungsphase (2011 -2013)

Kinder und Jugendliche sind von zahlreichen Entscheidungen auf kommunaler Ebene betroffen. Sie selbst erleben sich allerdings als wenig beteiligt. Laut Bertelsmannstudie ist der Wohnort der „mitwirkungsärmste“ der analysierten Lebensbereiche junger Menschen. Aufgabe der Kommune ist es deshalb, Kindern und Jugendlichen den Zugang zum demokratisch organisierten Gemeinwesen zu eröffnen und ihnen eine aktive Beteiligung an kommunalen Entscheidungen zu ermöglichen. (siehe auch: Bertelsmann Stiftung: Einwurf, Zukunft der Demokratie 1/ 2013 „Ziemlich unpolitische Freunde – wer in Deutschland warum nicht mehr wählt“)

Ziel der Kinder- und Jugendbeteiligung in Mannheim ist die Einbindung von Kindern und Jugendlichen in kommunale politische Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse. Kinder und Jugendliche sollen selbstverständlich mitreden, mitbestimmen und mitgestalten. Sie bringen ihre Anliegen selbst vor, diskutieren mit und bereiten Entscheidungen mit vor. Dazu braucht es eine Kommunikationskultur mit einer grundsätzlich positiven Haltung zur Kinder- und Jugendbeteiligung in allen Bereichen der Stadtgesellschaft.

Durch die Angebote im Rahmen der Erprobungsphase sollte erreicht werden,

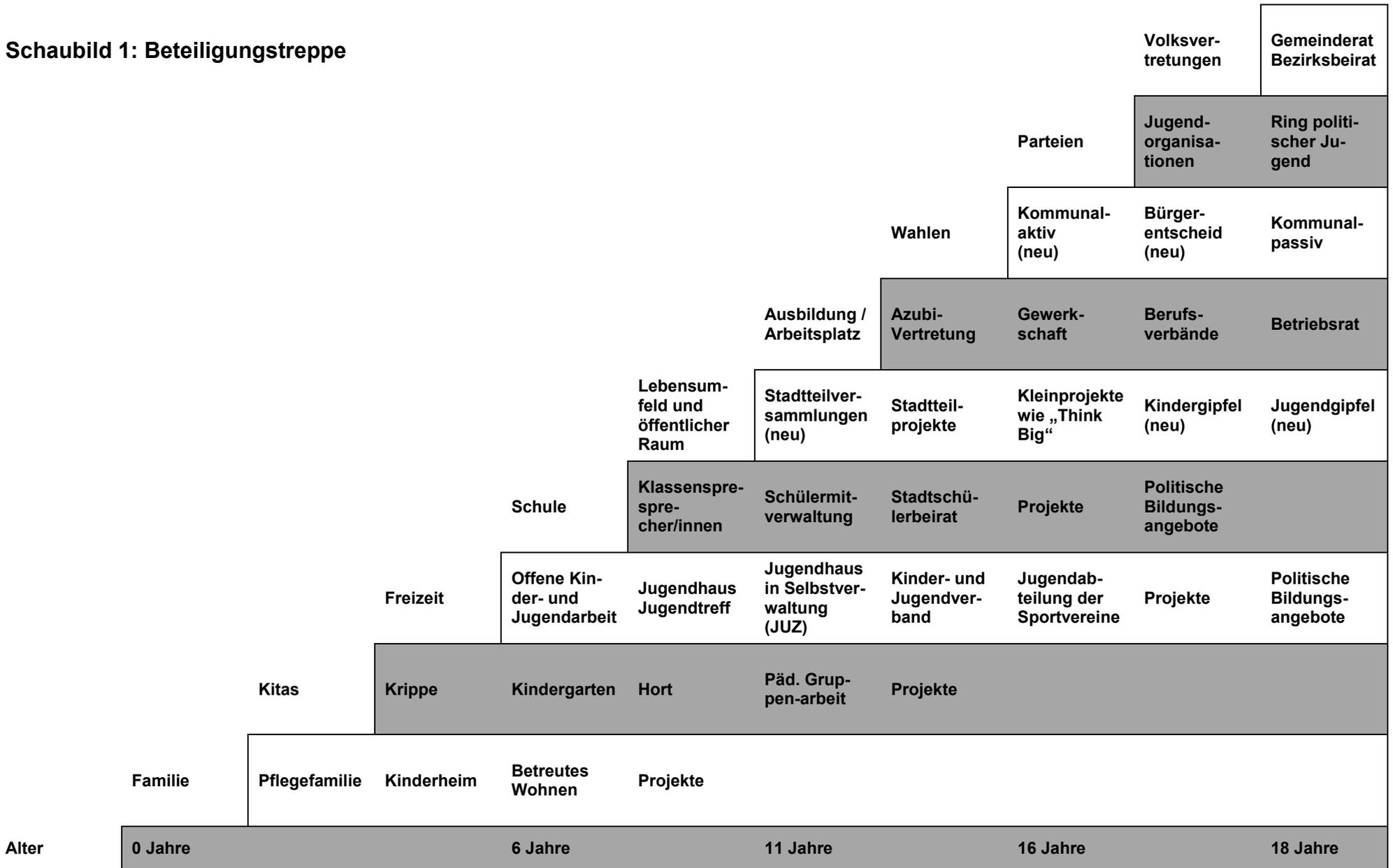
- dass mehr Kinder und Jugendliche ihre Anliegen bei möglichst vielen Gelegenheiten selbst vorbringen und öffentlich diskutieren.
- Sie sollten dies in ihrem direkten Lebensumfeld tun und es sollte um Anliegen gehen, die sie ganz konkret betreffen.

- Sie sollten erleben, dass Entscheidungen in einem politischen Aushandlungsprozess mit anderen Interessengruppen entstehen.
- Sie sollten Politik als gestaltbar erleben und das wechselseitige Verhältnis von Mitspracherechten und Verantwortungsübernahme erkennen.
- Angesprochen und erreicht werden sollen alle jungen Menschen in Mannheim, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, ihrem Bildungsstand, ihren Migrationserfahrungen sowie körperlichen und geistigen Fähigkeiten. Dies bedingt eine Vielfalt von Beteiligungsformen, die auf den jeweiligen Entwicklungs- und Erfahrungsstand der Kinder und Jugendlichen angemessen eingehen können.

Die Kinder- und Jugendbeteiligung ist ein wichtiger Baustein der Bürgerbeteiligung in Mannheim. Dies dokumentiert der Abschlussbericht des CHANGE²-Projektes Nr. 9 „Stärkung der bürgerschaftlichen Beteiligung und des bürgerschaftlichen Engagements - Mannheims Weg zur Bürgerstadt“, der im Juni 2013 von dem Change²-Lenkungsausschuss entgegen genommen wurde.

Die Beteiligungstreppe in Schaubild 1 zeigt die Vielfalt bestehender und praktizierbarer Beteiligungsformen für Kinder und Jugendliche in Mannheim, ergänzt mit den neu erprobten Elementen des Mannheimer Modells der Kinder- und Jugendbeteiligung.

Schaubild 1: Beteiligungstreppe



3. Erprobungsphase (2011 – 2013)

Um den im Beteiligungsmodell genannten Zielen einen weiteren Schritt näher zu kommen, hat in den Jahren 2009 bis 2010 eine Arbeitsgruppe mit Kindern und Jugendlichen sowie zahlreichen Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Institutionen ein Modell für mehr Kinder- und Jugendbeteiligung in Mannheim erarbeitet und diesen Modellentwurf dem Jugendhilfeausschuss und Gemeinderat vorgestellt (vgl. B-Vorlage 450/2010).

Zu den neuen Mitbestimmungsmöglichkeiten zählten hierbei insbesondere:

- dezentrale Kinder- und Jugendversammlungen und Beteiligungsprojekte
- zentraler Kinder- und Jugendgipfel
- Organisationsteam – Kernteam für die Kinder- und Jugendbeteiligung
- Kommunikationsplattform im Internet
- Kinder- und Jugendbüro.

Mit dem Beschluss der Vorlage Nr. 450/2010 „Modell der Kinder- und Jugendbeteiligung“ im Hauptausschuss am 23. November 2010 wurde die Verwaltung beauftragt, im Jahr 2011 die neuen Elemente der Kinder- und Jugendbeteiligung zu erproben. Mit der Informationsvorlage Nr. 35/2012 „Erprobung des Modells der Kinder- und Jugendbeteiligung in Mannheim“ wurde dem Gemeinderat im Jahr 2012 ein ausführlicher Bericht über die erste Erprobungsphase vorgelegt.

Es zeigte sich, dass ein Teil der Zielsetzungen, die mit dem neuen Beteiligungsmodell verfolgt werden sollten, umgesetzt werden konnte. An vielen, oft zentralen Punkten zeigte sich jedoch ein weiterer deutlicher Entwicklungsbedarf. Darüber hinaus konnten in der ersten Erprobungsphase (2011) nicht alle neuen Elemente des Modells wie der zentrale Kinder- und Jugendgipfel konzipiert und durchgeführt werden. Aus diesem Grund verlängerte die Verwaltung die Erprobungsphase auf weitere zwei Jahre. In dieser Zeit wurde das Konzept der Stadtteilversammlungen weiter entwickelt, das Konzept für einen zentralen Kinder- und Jugendgipfel erarbeitet und getestet, die Internetplattform weiter ausgebaut und die Beteiligungsergebnissen ausgewertet.

Konkret sollten in den Jahren 2012 und 2013

- die Ergebnisse der bisherigen Stadtteilversammlungen unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen überprüft und weiter verfolgt werden,
- weitere Stadtteilversammlungen durchgeführt werden,
- ein zentraler Kinder- und Jugendgipfel stattfinden,
- die vorhandene Internetplattform getestet und weiterentwickelt werden und
- über ein verlässliches Modell zur Beteiligung und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen beraten werden, dies in enger Abstimmung mit dem Change²-Projekt „Bürgerstadt“.

Die inhaltliche Verantwortung für die Erprobung des Beteiligungsmodells haben die städtischen Fachbereiche Kinder, Jugend und Familie – Jugendamt (51) und Rat, Beteiligung und Wahlen (15) zusammen mit dem Stadtjugendring Mannheim e.V. übernommen.

Für die konkrete Arbeit vor Ort wurde ab Mai 2012, befristet bis Ende 2013, das Kinder- und Jugendbüro mit zwei Personen besetzt. Eine Person wurde vom Stadtjugendring eingestellt, die zweite vom Jugendamt / Abteilung Jugendförderung.

Für die zweite Erprobungsphase (2012 - 2013) wurden zusätzliche Ressourcen im Umfang von 1,5 Personalstellen (FB 51) und Sachmittel in Höhe 50.000,- Euro (FB 15) bereitgestellt. Über das EU-Programm „Jugend in Aktion“ und dem darin enthaltenen Förderschwerpunkt zum „strukturierten Dialog“ ist es gelungen, weitere 22.000,- Euro für die Zeit von Mitte 2012 bis Ende 2013 zu akquirieren. Darüber hinaus wurden vorhandene Personalressourcen aus den Fachbereichen 15 und 51 sowie der Geschäftsstelle des Stadtjugendrings eingesetzt.

3.1 Überblick über die Aktivitäten der Erprobungsphase (bis Juli 2013)

In der Erprobungsphase (2011 - 2013)

- wurden zwei Workshops mit Jugendlichen zur Erarbeitung und Konkretisierung des Beteiligungsmodells durchgeführt,
- tagte das „Organisationsteam“ (Kinder und Jugendliche) zu inhaltlichen und konzeptionellen Fragen der Stadtteilversammlungen, der Öffentlichkeitsarbeit und des Kinder- und Jugendgipfels,
- wurde das pädagogische Konzept für die Stadtteilversammlungen entwickelt,
- hat das Kinder- und Jugendbüro „68Deins!“ seine Arbeit aufgenommen,
- wurden zusätzliche Elemente zur Ansprache und Aktivierung von Kindern und Jugendlichen im politischen Meinungsbildungsprozess entwickelt und erprobt (z.B. Lümmelecke (s. 4.2.8), Informationsmaterial und Internetauftritt),
- wurden sieben Stadtteilversammlungen und zwei Grundschulprojektstage durchgeführt, dokumentiert und evaluiert,
- wurde gemeinsam mit Mitgliedern von Bezirksbeiräten beraten, wie Kinder und Jugendliche in die politischen Prozesse vor Ort eingebunden werden können,
- wurden Initiativen von Kindern und Jugendlichen unterstützt,
- wurde das pädagogische Konzept für den Kinder- und Jugendgipfel entwickelt,
- wurde der erste Jugendgipfel in Zusammenarbeit mit einer Schule durchgeführt.

Eine ausführliche Übersicht befindet sich in der Anlage 3: Tabellarische Übersicht der Veranstaltungen – Statistik (2011 – 2013).

3.2 Übersicht über die Ergebnisse der Erprobungsphase (2011 - 2013)

Insgesamt wurden in der Erprobungsphase des Modells zur Kinder- und Jugendbeteiligung mehr als 1.000 Kinder und Jugendliche – davon alleine 481 über den Jugendgipfel in der IGMH – erreicht. Werden weitere Teilnehmungsangebote und Angebote zur Förderung der demokratischen Beteiligungskultur hinzuaddiert, konnten mehr als 1.700 Kinder und Jugendliche angesprochen werden (Statistik, s. Anlage 3). Dabei waren beide Geschlechter gleichermaßen vertreten. Die Altersgruppen der 6 - 8 und der 9 - 11jährigen waren ähnlich vertreten (13% und 17%). Es konnten im besonderen Maße die Altersgruppen der 12-14jährigen und der 15-17jährigen aktiviert werden (36% und 29%). Durch die Stadtteilversammlung Neuhermsheim ist es gelungen, auch die 18-20jährigen anzusprechen. Es wurden also mit unterschiedlichsten Altersgruppen Erfahrungen gesammelt. Eine weitere Erkenntnis ist, dass mit den gewählten Angeboten, insbesondere den Stadtteilversammlungen, Kinder und Jugendliche mit Migrationserfahrung sehr gut erreicht wurden (im Durchschnitt 44 %). Auch fühlten sich Kinder und Jugendliche aus allen Bildungsschichten angesprochen.

Tabelle 1: Kurzübersicht der Veranstaltungen 2011-2013						
	Anzahl	Teilnehmer/innen	Geschlecht w / m	Altersschwerpunkt in Jahre	Migrationshintergrund	Schule
Workshop Beteiligungsmodell	1	5	4 / 1	12 - 14	0%	Gym
Lümmelecken	7	165	94 / 71	6 - 14	43%	Gemischt
Schulklassenprojekt, Stadtteilbegehungen u.a.	5	94	55 / 43	9 - 14	33%	Gemischt
Stadtteilversammlungen	7	274	133 / 141	9 - 14	64%	Gemischt
Jugendgipfel	1	481	197 / 284	12 - 17	35%	Gemischt
Summe	21	1.023	483 / 540		44%	Gemischt

(siehe auch Anlage 3: Tabellarische Übersicht der Veranstaltungen – Statistik 2011-2013)

Um die Kinder und Jugendlichen über Mitbestimmungsmöglichkeiten zu informieren und zur Mitwirkung an den Veranstaltungen zu motivieren, erwies sich das pädagogische Konzept der dezentralen, aufsuchenden und an den Aufenthaltsorten von Kindern und Jugendlichen orientierten Arbeit als erfolgreich. Insbesondere Kinder und Jugendliche, die bisher wenig oder keinen Zugang zu kommunalen Entscheidungsprozessen und Mitbestimmungsangeboten hatten, fühlten sich von den Angeboten angesprochen. Sie setzten sich oft in einer sehr intensiven und beeindruckenden Weise mit ihrem Stadtteil auseinander. Ein wesentliches Element der Vor-Ort-Arbeit ist die Anbindung an Institutionen und Einrichtungen, die im Alltag von Kindern und Jugendlichen von hoher

Bedeutung sind. Dazu gehören Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen und Jugendverbände. Eine hohe Qualität der Arbeit wird dann erzielt, wenn es in diesen Institutionen und Einrichtungen Lehrer/innen, PädagogInnen oder Ehrenamtliche gibt, die als Unterstützer/innen und Vermittler/innen auftreten und Zielgruppen motivieren können, sich mit dem eigenen Stadtteil zu beschäftigen und ihre Anliegen darzulegen.

Während bei der Entwicklung des Modells (bis Ende 2011) eine große Gruppe von Kindern und Jugendlichen, insbesondere aus der Jugendverbandsarbeit, im sogenannten OrgaTeam (einem offenen kontinuierlichen Beteiligungsgremium) aktiv war, ging das Interesse an einer Mitarbeit im Laufe der weiteren Erprobungsphase trotz umfangreicher Werbung nach und nach verloren. Das Fazit hieraus ist, dass die Idee des OrgaTeams (wie im Beteiligungsmodell 2010 beschrieben) nicht weiter verfolgt wird. Stattdessen soll in Zukunft ein Beirat für Kinder- und Jugendbeteiligung einberufen werden, in dem junge Menschen aus der offenen und verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit, des Schülerbeirats und der Jugendorganisationen der Parteien mitarbeiten und die Beteiligungsmöglichkeiten in Mannheim gemeinsam weiter entwickeln können (s. 4.2.6).

3.3 Ergebnisse der Stadtteilversammlungen, der Schulprojekte und des Jugendgipfels

An den insgesamt 7 Stadtteilversammlungen haben insgesamt 274 Kinder und Jugendliche mitgewirkt (ohne Veranstaltungen im Vorfeld der jeweiligen Stadtteilaktionen). Mädchen und Jungen waren nahezu gleichermaßen vertreten (133 w, 141 m). Mit einem Anteil von 64 % wurden auch Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund entsprechend der Zielsetzung überdurchschnittlich gut bei den Stadtteilversammlungen erreicht. Der Schwerpunkt der Beteiligten lag bei der Altersgruppe der 9 – 14-jährigen (51,8 %), variierte je nach Stadtteil aber sehr stark. Wenn eine sehr große Altersdifferenz innerhalb einer Veranstaltung auftrat, dann war dies in der im Konzept der Stadtversammlung vorgesehenen Kleingruppenarbeit gut zu integrieren. Bei der Zusammenfassung und Priorisierung der Ergebnisse führte dies aber zum Teil zu Schwierigkeiten, weil die jeweiligen Interessen stark differierten.

In fast allen sieben Stadtteilversammlungen entstanden dennoch konkrete Forderungen, die weiterzuverfolgen sind. Einige dieser Vorschläge wurden von anwesenden Politiker/innen, Mitarbeiter/innen der Jugendförderung oder anderen Akteuren aufgegriffen. Im Folgenden werden die Erläuterungen zu Projekten, die aus den Stadtteilversammlungen entstanden sind, aufgezeigt:

Seckenheim, Mai 2011: Auf der Stadtteilversammlung in Seckenheim trugen die Skater/innen vor, dass eine Nutzung der Skateanlage am Wasserturm in Seckenheim nur noch sehr eingeschränkt möglich ist. Die Umzäunung des angrenzenden Bolzplatzes steht der Rollbahn im Weg. Zudem ist die Plattform am Ende einer Rampe nicht breit genug, um darauf zum Stehen zu kommen. Was

dazu führen kann, dass vor allem die BMX-Fahrer/innen im Gebüsch landen und sich verletzen. Um Abhilfe zu schaffen, stellten die Skater/innen ihr Anliegen nochmals im Bezirksbeirat vor und vereinbarten weitere Treffen mit der Jugendförderung und dem Fachbereich Grünflächen, die sich um die Realisierung der formulierten Änderungswünsche noch aus dem laufenden Etat bemühten. Mittlerweile steht einer Umgestaltung des Platzes nichts mehr im Weg, die Entwürfe verschiedener Planungsbüros wurden den Jugendlichen vorgelegt und eine Entscheidung getroffen.

Neckarstadt-West, Juli 2011: Bei einer großen Versammlung im Jugendhaus Erlenhof traten viele Probleme und Anliegen der Kinder und Jugendlichen aus der Neckarstadt zu Tage. Viele Anliegen sind von allgemeinpolitischer Natur gewesen und beschrieben die aktuelle Lebenssituation der Kinder und Jugendlichen. Konkret konnte der Wunsch nach einem Trampolin für das Jugendhaus weiterverfolgt werden, das zeitnah mit Hilfe des Bezirksbeirates Neckarstadt-West angeschafft werden konnte und sich großer Beliebtheit erfreut.

Zwei weitere Anliegen, die in der Stadtteilversammlung eindringlich geschildert wurden, sind mittlerweile anderweitig angegangen worden. Die Wiese vor der Paul-Gerhardt Kirche war für viele Kinder ein Angstraum, den sie meiden wollten, allerdings für ihren Weg ins Jugendhaus nicht meiden konnten. Jetzt befindet sich der Garten des Vereins „Neckargärten“ auf eben diesem Platz. Somit ist es gelungen, dass sich dort viele verschiedene Menschen aufhalten und der Angstraum damit entfallen ist.

Der Verkehr und die Raser/innen in der Mittelstraße waren ebenfalls ein Thema für die Teilnehmer/innen. Im Jahr 2013 haben sich Eltern der Neckarschule, der Elternbeirat, das Quartiermanagement und Einzelpersonen dafür stark gemacht, die Mittelstraße zu einer Tempo-30 Zone zu machen, was auch vom Bezirksbeirat und einigen Parteien aufgegriffen wurde. Eine Entscheidung steht noch aus.

Gartenstadt, Juni 2012: In der Gartenstadt wurden mehrere Themen der Teilnehmer/innen aufgegriffen. Das Thema respektvoller Umgang zwischen Menschen wurde auf zwei unterschiedlichen Ebenen weiterbehandelt. Einerseits organisierten Jugendliche mit Unterstützung einer Mitarbeiterin des Jugendhauses ein Projekt, in dem für Verständnis und Toleranz gegenüber Jugendlichen geworben werden sollte. Jugendliche luden dafür Erwachsene in das Jugendhaus ein, um Teile ihrer Kultur zu präsentieren und auch, um die Erwachsenen daran zu erinnern, dass sie selbst mal jung waren und einige Dinge, über die sie sich heute bei Jugendlichen ärgern, früher selbst getan haben.

Auf einer völlig anderen Ebene wurde ein ähnliches Anliegen aufgenommen. Unter Beteiligung eines Mannheimer Landtagsabgeordneten wurde das Thema Jugendliche und Polizei aufgegriffen. Dieser versprach, auf die Ausbildung von Lehrer/innen und Polizist/innen einzuwirken und dort das Thema „Respektvoller Umgang mit Jugendlichen“ fest zu verankern.

Das Problem Müll und Sauberkeit im Stadtteil wurde häufig thematisiert und auch von einer Bezirksbeirätin aufgegriffen. Ein Wunsch der Jugendlichen war es, bessere Informationen über Möglichkeiten, den Müll zu entsorgen, bereitzustellen. Dafür wollten sie eine App programmieren, die anzeigen kann, wo sich der nächste Mülleimer befindet. Bei der Recherche dazu fand die Bezirksbeirätin heraus, dass es bereits eine solche App gibt. Der weitere Vorschlag der Jugendlichen, Putzaktionen im Stadtteil durchzuführen, konnte aufgrund mangelnden Interesses der Jugendlichen nicht weiterverfolgt werden.

Käfertal, November 2012: In Käfertal stellten die Jugendlichen die Frage, warum die Spielplätze auf den Schulhöfen geschlossen seien. Daraufhin sagte ein Stadtrat zu, eine entsprechende Anfrage zu stellen. Diese wurde gestellt und beantwortet. Die Antwort wurde an die Multiplikator/innen des Stadtteils weitergeleitet. Der Bezirksbeirat zeigte sich insgesamt äußerst aufgeschlossen und lud die Jugendlichen zu Sitzungen ein, um Veränderungen im Stadtteil immer auch aus ihrer Sicht diskutieren zu können.

Vogelstang, Januar 2013: Die Stadtteilversammlung wurde als Schulprojekt mit allen 3. Klassen an der Grundschule Vogelstang. Die Kinder thematisierten das Problem von nicht sanierten, nicht nutzbaren Spielplätzen im Stadtteil. Bei einem Rundgang im März konnten sich BBR, Eltern und Presse davon überzeugen, dass einige Spielplätze nicht nutzbar sind. Da sich die Spielplätze nicht im Besitz der Stadt Mannheim befinden, ist wenig bis kein Handlungsspielraum gegeben. Allerdings gibt es einen Platz in der Nähe zur Grundschule, der der Stadt gehört und der mit Kindern neu gestaltet werden könnte. Der Fachbereich Grünflächen sagte darauf zu, sich mit der Schulsozialarbeiterin zu treffen, um eine Projektgruppe vorzubereiten.

Neuhermsheim, März 2013: Den jungen Erwachsenen in Neuhermsheim fehlt ein Platz im Stadtteil, an dem sie sich ungestört am Wochenende oder abends aufhalten können. Der Hof der Jugendtreffs steht dafür nicht zur Verfügung. Zudem problematisierten die Teilnehmer/innen, dass sie im Jugendtreff Platz für die „Kleinen“ machen müssten. Die Vertreter/innen der Kirchengemeinde, des Bezirksbeirates und des Gemeinderates zeigten sich offen und interessiert daran. Bei einem Rundgang im Juni 2013 stellten die Jugendlichen verschiedene Plätze vor, an denen sie sich einen inoffiziellen Treffpunkt vorstellen könnten. Eine Lösung steht noch aus.

Herzogenried, April 2013: Den Kindern und Jugendlichen der Stadtteilversammlung Herzogenried war es wichtig, mehr im Jugendhaus mitgestalten zu können. Das Jugendhaus lud daraufhin dazu ein, die Wünsche konkret an das Pädagogen-Team heranzutragen, um gemeinsam über die Machbarkeit zu diskutieren. Zudem fehlen im Außenbereich des Jugendhauses ein hoher Zaun und kleinere Fußballtore, damit der Ball nicht immer wieder auf die Straße rollt. Das Jugendhaus sagte zu, sich mit Unterstützung des Bezirksbeirates darum zu kümmern.

Ein Gefahrenpunkt war die Kreuzung mit der Ampel direkt am Jugendhaus. Tatsächlich ist auch das immer wieder Thema in den Sitzungen des Bezirksbeirates, der sich dankbar für die Erlebnisberichte der Kinder und Jugendlichen zeigte und signalisierte, dass man dafür nach Lösungen suche.

Neckarau, Juni 2012: Das Schulklassenprojekt an der Wilhelm-Wundt-Grundschule in Neckarau vermittelte den Kindern der Klasse 4b einen ersten Eindruck von Kommunalpolitik, den Aufgaben der Politik und den Möglichkeiten der Beteiligung. In einer zweiten Phase diskutierten die Kinder ihre Bedürfnisse zu den Themen Freizeit, Umwelt, Stadtgestaltung und Verkehr. Dabei wurden allgemeine Sichtweisen besprochen und weniger konkrete Anliegen formuliert.

Käfertal, November 2012: Das Schulklassenprojekt der 4. Klasse der Käfertal-Grundschule sollte die Kinder einerseits auf die Stadtteilversammlung hinweisen, die in der gleichen Woche stattfand. Andererseits diskutierten die Kinder untereinander und mit dem Kinder- und Jugendbüro allgemeine, den Stadtteil betreffende Anliegen und formulierten Bedarfe.

Jugendgipfel, Juni 2013

Der im Juni stattgefundenene Jugendgipfel in der IGMH erreichte 481 Jugendliche im Alter zwischen 12 und 17 Jahren, der Schwerpunkt lag bei den 12- bis 17jährigen. Die Jugendlichen kamen aus der ganzen Stadt, wobei es eine Häufung bei den Stadtteilen Waldhof, Käfertal und Neckarstadt-Ost gab. 35% der Jugendlichen hatten Migrationserfahrung. Es wurden 31 Workshops zu den verschiedensten Themen angeboten, von „Politische Interviews und Podiumsdiskussionen“ bis hin zum „Parkour-Workshop“ oder „Was geht online“. Die Jugendlichen stellten im Anschluss ihre Ergebnisse einer Gruppe von Mitgliedern des Gemeinderates vor. In allen Arbeitsgruppen wurden die Bedürfnisse der Jugendlichen dargestellt und konkrete Lösungsvorschläge erarbeitet. So wurden zum Beispiel Orte benannt, wo neue Trendsportanlagen sinnvoll wären und Stellung bezogen zur Frage der geplanten Bundesgartenschau 2023. Kritisch wurde mit dem Thema „sex sells“ umgegangen oder gründlich mit den Vorurteilen zu „Migrantenjugendlichen“ aufgeräumt. Zum Abschluss des Jugendgipfels fand eine Podiumsdiskussion mit der Bürgermeisterin für Bildung, Jugend und Gesundheit, Vertreter/innen des Gemeinderates, der Jugendverbände und den Jugendlichen statt. Hier wurde vor allem das aktuelle und akute Problem der IGMH-Schulmensa diskutiert. Zweidrittel der Jugendlichen würde wieder an einem Jugendgipfel teilnehmen wollen. Kritischer bewertet wurde die Podiumsdiskussion, die am Ende eines langen Tages nicht mehr alle Jugendlichen erreichen und begeistern konnte.

Eine ausführliche Dokumentation mit einer Auswertung der befragten TeilnehmerInnen wird bis Anfang des kommenden Jahres als Informationsvorlage zur Verfügung gestellt. In diesem Zusammenhang sind auch die Zielsetzungen und das Konzept des Jugendgipfels zu überarbeiten.

3.4 Ergebnisse weiterer Beteiligungsprojekte

Neben den Stadtteilversammlungen wurden in der Erprobungsphase außerdem themen- und anlassbezogene Beteiligungsangebote durchgeführt. Hieran haben sich 684 Kinder und Jugendliche verschiedener Altersgruppen beteiligt. Der Anteil der Mädchen lag bei 54 %. 45 % der Teilnehmenden waren Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Im Rahmen von themen- und projektorientierter Beteiligung konnten 2011-2013 folgende Ergebnisse erzielt werden.

Jungbusch:

Im November 2011 wurde der unter Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern neu gestaltete Kinderspielplatz Werftstraße eingeweiht.

In der Jungbuschschule konnte 2011 mit den Kindern der Schulgarten naturnah gestaltet werden.

In den Projektwochen im Juni 2012 wurde der ganze Schulhof in Angriff genommen, u.a. wurde ein Dschungelpfad gebaut, eine Wildwiese angelegt und die Baumscheiben gestaltet.

Im Rahmen eines wöchentlich stattfindenden Spielplatzangebotes auf dem Kinderspielplatz Beilstraße wurde im Jahr 2012 die Idee „Das Rollende Fotoatelier“ der Kinder aufgegriffen und mit einem Bauwagen temporär umgesetzt. Im Jahr 2013 wurde eine weitere Idee der Kinder, einen Schaukasten als permanente Fotogalerie einzurichten, angegangen.

Innenstadt:

Als ein Ergebnis der Kinder- und Jugendversammlung im Mai 2011 wurde der Bau eines Bolzplatzes als Ersatz für den Schulhof Sickingerschule weiterverfolgt. Als Standort wurde der Hans-Böckler-Platz gefunden. Das Projekt befindet sich in der Umsetzungsphase.

Darüber hinaus wurden neue Spielangebote für Kinder gesucht. In dem Rahmen wurde im Juli 2013 der Außenbereich des GBG-Wohngebäudes in S5 für die Kinder zum Spielen geöffnet.

Schönau:

Der Bau der Skateanlage Schönau, für den sich die Initiative „Skater in Mannheim“ (SAM) eingesetzt hat, wurde im September 2013 vom Gemeinderat beschlossen. Zurzeit befindet sich das Projekt in der Umsetzungsphase.

Der unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sanierte Bolzplatz Apenrader Weg konnte in den Sommerferien 2013 im Rahmen einer Ferienaktion des Quartierbüros und des Jugendhauses Schönau von den Kindern und Jugendlichen eingeweiht werden.

Sandhofen:

2012 fanden mit Kindern und Eltern aus dem Wohngebiet um den neu zu bauenden Spielplatz an zwei Nachmittagen Planungsworkshops statt, in denen erarbeitet wurde, wie sich die Kinder ihren neuen Spielplatz vorstellen. Bei der Planvorstellung im Februar 2013 zeigte sich, dass so gut wie

alle Wünsche umgesetzt werden. Anfang August 2013 erfolgte der Spatenstich des mit Kindern und ihren Eltern geplanten Kinderspielplatzes Maria-Rigel im Neubaugebiet Gerauer Straße.

Konversion:

Im Rahmen der Bürgerbeteiligung fanden vom Stadtjugendring organisiert zwei Beteiligungsangebote für Jugendliche statt. Im November 2011 fand eine Zukunftswerkstatt in den Räumen des BDKJ allgemein zur Konversion statt. Insgesamt zeigen sich zwei starke Tendenzen: Zum einen der Wunsch nach Freiraum und freien Gestaltungsmöglichkeiten und zum anderen das Bedürfnis nach sozialem Zusammenhalt im Sinne von generationen-übergreifenden und generationen-zusammenbringenden Wohn-, Lebens-, Arbeits- und Freizeitmodellen. Die Ergebnisse wurden im Weißbuch I dokumentiert. Am Beispiel des Turley- Geländes konnten junge Menschen in einem Workshop im Juni 2012 im Forum ihre Ideen zur Umwandlung einer Kasernenfläche in eine moderne urbane „Village“ mit den unterschiedlichsten Materialien visualisieren. Die Ergebnisse flossen in das Weißbuch II ein.

3.5 Kooperationen mit Gemeinderat, Bezirksbeiräten, Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe

Bei den Veranstaltungen waren in der Regel Mitglieder des zuständigen Bezirksbeirats und des Gemeinderates gut bis sehr gut vertreten. Insgesamt waren die politischen Vertretungen sehr aufgeschlossen gegenüber den Kindern und Jugendlichen und brachten ihren Arbeitsergebnissen eine große Wertschätzung entgegen. Entsprechend fühlten sich die Kinder und Jugendlichen von der Politik ernst genommen. Die zuständigen Bezirksbeiräte haben sich auf den Prozess der Nachbereitung eingelassen. Sie öffneten ihre Sitzungsstruktur, damit die Kinder und Jugendlichen ihre Anliegen in einem nicht-öffentlichen Rahmen konkretisieren konnten. Zudem halfen sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten, Lösungen für Problemlagen zu finden und Anliegen in konkrete Projekte umzusetzen (s. auch 3.3).

Ein öffentliches Auftreten von Kindern bzw. Jugendlichen in den Sitzungen des Bezirksbeirats war in der Regel allerdings schwer zu erreichen, weil diese Form der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen als sehr langweilig und wenig verständlich empfunden wird. Als besser haben sich Ortstermine oder zusätzliche Diskussionsveranstaltungen mit Vertretern des Bezirksbeirats bzw. der Politik erwiesen. Zudem halfen sie, Lösungen für Problemlagen zu finden und Anliegen in konkrete Projekte umzusetzen (s. 3.3).

Bei allen stadtteilorientierten Veranstaltungen wurden Kooperationen mit den Schulen und den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe angestrebt. Wenn Schulen und Einrichtungen sich konkret an der Vorbereitung und Durchführung von Stadtteilversammlungen und Schulprojekte beteiligten waren diese besonders erfolgreich. Besonders bewährt hat sich, die Veranstaltungen in den vertrauten Räumen (ob Schule oder Jugendhaus) stattfinden zu lassen. Trotz der grundsätzlichen

Offenheit der Institutionen sind durch Information und Vernetzung die Grundlagen für eine gute stadtteilbezogene Beteiligung von Kindern und Jugendlichen weiter zu entwickeln, damit über unterschiedliche Zugänge die Zielgruppe erreicht wird.

3.6. Schlussfolgerungen aus den Erfahrungen der Erprobungsphase

Die Erfahrungen im Rahmen der sehr unterschiedlichen Aktivitäten in der Erprobungsphase haben gezeigt, dass die stadtteilbezogenen Aktivitäten besonders dazu geeignet sind, Kinder und Jugendliche zu mobilisieren und ihren Anliegen Gehör zu verschaffen. Vor allem Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund und Kinder und Jugendliche aus unterschiedlichen Bildungsschichten konnten erfolgreich von einer Teilnahme überzeugt werden. Von daher sollte bei der Implementierung in Bezug auf die Stadtteilaktivitäten ein Schwerpunkt gesetzt werden. Die Vorbereitung und Informationsphase vor den Stadtteilversammlungen erfordert allerdings einen höheren zeitlichen Aufwand als ursprünglich angenommen. Nicht zuletzt muss hier das Zusammenwirken der Beteiligten (Schulen, Jugendeinrichtungen Bezirksbeiräte) sichergestellt werden. Außerdem ist es unerlässlich, dass über eine direkte Ansprache (z.B. in Jugendeinrichtungen und auf Schulhöfen) die Zielgruppe über die Beteiligungsmöglichkeiten informiert wird.

Die Auswertung der Teilnehmer/innenstatistik zeigt, dass unterschiedliche Altersgruppen erreicht werden können. Ein breites Altersspektrum führt aber bei der Durchführung von Veranstaltungen auch zu Problemen. Es muss deshalb über eine Schwerpunktsetzung auch bei den Altersgruppen nachgedacht werden.

Die Kooperation mit Schulen und Jugendeinrichtungen hat sich bewährt, ob sie in allen Stadtteilen mit gleicher Qualität und Intensität umgesetzt werden kann, muss weiterhin überprüft werden. Dies hängt auch mit der jeweils vorhandenen Infrastruktur (Schulen, Jugendeinrichtungen im jeweiligen Stadtteil) zusammen.

Schwierig ist die Umsetzung des Veranstaltungsformats „Jugendgipfel“. Für eine offene Veranstaltung im Stadthaus (wie ursprünglich geplant) wären nicht genügend Jugendliche zu mobilisieren gewesen. In der IGMH wurde die Zielgruppe an sich erreicht, die Veranstaltung war jedoch zu wenig offen für Schulfremde und weitere Interessierte. Aufgrund der großen TeilnehmerInnenzahl konnten die Anliegen nicht so gut priorisiert werden und es war schwer ein inhaltliches Fazit aus der Veranstaltung zu ziehen. Dennoch sollte die Veranstaltungsform weiter entwickelt werden. Eine jährliche Durchführung eines Kinder und eines Jugendgipfels ist mit den vorhandenen Ressourcen und im Hinblick auf eine Priorisierung der Stadtteilaktivitäten nicht zu leisten.

Weitere themen- und anlassbezogene Beteiligungsangebote sollten fortgeführt werden, weil mit ihnen flexibel auf konkrete Beteiligungswünsche reagiert werden kann. Orientiert an den Interesse

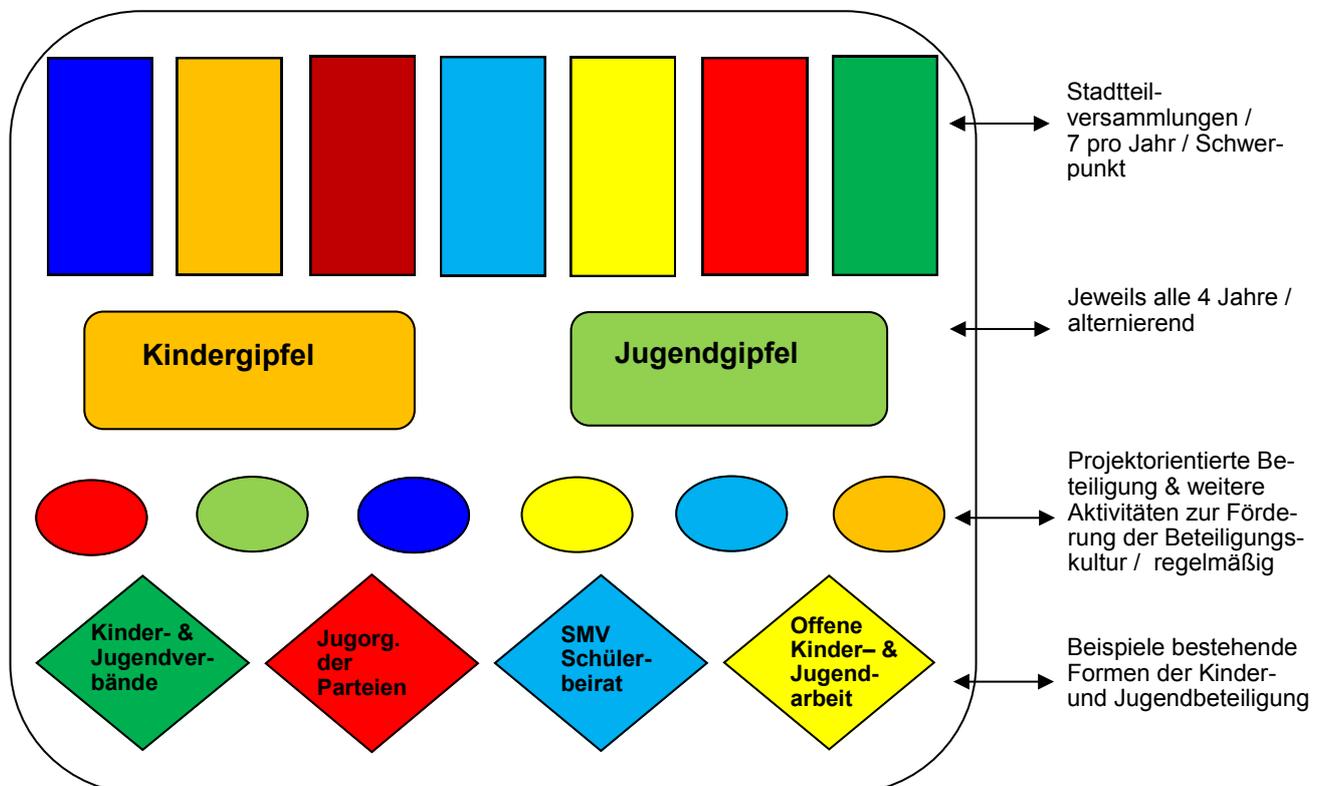
von Kindern und Jugendlichen, können hier in besonderer Art und Weise positive Beteiligungserfahrungen vermittelt werden.

In der Öffentlichkeitsarbeit ist darauf zu achten, dass die Kommunikationsgewohnheiten der Zielgruppe Beachtung finden. Das geplante offene Internetforum hat sich – obwohl zusammen mit Jugendlichen entwickelt – nicht bewährt. Hier müssen andere Formen (insbesondere im Bereich Social Media) gefunden werden.

4. Implementierung – Konzept zur Kinder- und Jugendbeteiligung in Mannheim (2014 – 2015)

Die Erprobungsphase (2011- 2013) führte zu neuen wichtigen Erkenntnissen und zu konkreten Vorstellungen, wie die Angebote der Kinder- und Jugendbeteiligung in Mannheim in den nächsten Jahren erweitert werden können. Dem entsprechend wird vorgeschlagen das Modell der Kinder- und Jugendbeteiligung in Mannheim zu verändern und anzupassen, die Erprobung zu beenden und mit der Implementierung einer verlässlichen Struktur der Kinder- und Jugendbeteiligung in Mannheim zu beginnen. Dabei geht es weiterhin um eine erfolgreiche Mobilisierung von Kindern und Jugendlichen und die Ermutigung, sich in den kommunalpolitischen Diskurs einzubringen. Interessen sollen artikuliert und auf der anderen Seite (in Politik und Verwaltung) auch zu Kenntnis genommen werden. Die Schnittstelle zur Politik und den politischen Entscheidungsträgern ist in der Implementierungsphase noch einmal genauer in den Blick zu nehmen. Überprüft werden soll, inwieweit eine tatsächliche Teilhabe realisiert werden konnte. Dies ist unter anderem daran abzulesen, welche Anliegen und Vorschläge aus den Kinder- und Jugendversammlungen von Verwaltung und Politik aufgegriffen und weiter gegeben wurden. Die Implementierung in die Stadtteilstrukturen ist eine zentrale Aufgabe des Kinder- und Jugendbüros. Angesichts der stadtweiten Aufgaben die Kinder- und Jugendbeteiligung zu organisieren, wird eine Fortführung des Kinder- und Jugendbüros um weitere 2 Jahre optional in Aussicht gestellt.

Schaubild 2: Modell der Kinder- und Jugendbeteiligung - Implementierung 2014/15



Unterstützung und Schnittstellen:

- Kinder- und Jugendbeirat
- Kinder und Jugendbüro + Steuerungsteam
- Bezirksbeiräte
- Gemeinderat
- Verwaltung
- Stadtjugendring Mannheim e.V.

Für die Implementierungsphase (2014 - 2015) wird der Ressourcenbedarf wie in der zweiten Erprobungsphase (2012 - 2013) angesetzt. Neben den Mitteln für 1,5, Personalstellen (davon rd. 45.000,- Euro für 0,75 Stellen bei Fachbereich 51 und 38.000,- Euro als Transfer für 0,75 Stellen beim Stadtjugendring Mannheim e.V.) werden Sachmittel in Höhe von 45.000,- Euro eingestellt.

Es wird vorgeschlagen, zukünftig folgendes Angebotspaket als Regelangebot den Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Kinder- und Jugendbeteiligung in Mannheim zur Verfügung stellen:

- sieben Stadtteilversammlungen pro Jahr,
- ein Kindergipfel, alle 4 Jahre,
- ein Jugendgipfel, alle 4 Jahre,
- ein Beirat zur Förderung der Kinder- und Jugendbeteiligung in Mannheim,
- eine virtuelle Kommunikationsplattform und andere Formen der Öffentlichkeitsarbeit,
- ein Kinder- und Jugendbüro ist für die Phase der Implementierung zunächst befristet bis 31.12.2015, mit einer Erweiterungsoption um weitere 2 Jahren bis 31.12.2017.

Im Rahmen von projektorientierter Beteiligung und weiteren Aktivitäten zur Förderung der Beteiligungskultur (s. Schaubild Seite 23) können stadtweite Projekte/Kampagnen wie z.B. „Gestalte Dein Freiland“ nahtlos mit aufgenommen werden.

4.1. Zielsetzungen für die Implementierungsphase (2014 – 2015)

Im Zuge der Weiterentwicklung der Konzeption für die Kinder- und Jugendbeteiligung in Mannheim und auf der Basis der in der Erprobungsphase gesammelten Erfahrungen, lassen sich die Zielsetzungen für die Implementierungsphase im Hinblick auf die Zielgruppen konkretisieren:

1. Über die Stadtteilversammlungen werden Kinder- und Jugendliche angesprochen und erfolgreich mobilisiert.
2. Über den Kindergipfel, projektorientierte Beteiligungsprojekte sowie weitere Projekte zur Förderung der Kinder und Jugendbeteiligung werden Kindern und Jugendlichen konkrete Beteiligungserfahrungen vermittelt.
3. Mit den Beteiligungsaktivitäten werden in gleichem Umfang Mädchen und Jungen erreicht.
4. Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund beteiligen sich entsprechend ihres Anteils in der Bevölkerung an den stadtteilbezogenen und zentralen Aktivitäten.
5. Bei den Altersgruppen wird ein Schwerpunkt auf die Gruppe der 9 – 13jährigen und die Gruppe der 14-17jährigen gelegt.

Weitere Prüfkriterien für die Implementierungsphase sind:

6. An den Stadtteilversammlungen und beim Kindergipfel beteiligen sich Schülerinnen und Schüler aus allen Schularten.
7. Bei jeder einzelnen Stadtteilversammlung erfolgt eine aktive Beteiligung mindestens einer Schule und einer Jugendeinrichtung.
8. Kinder und Jugendliche benennen bei den Stadtversammlungen ihre eigenen Themen, beschreiben den Handlungsbedarf sowie mindestens ein konkretes Anliegen.
9. Kinder und Jugendliche erhalten die Gelegenheit, ihr Anliegen vor Vertretern aus Politik und Verwaltung darzustellen (Anhörung).

Hierzu werden vorerst folgende Kennzahlen erhoben:

zu	Kennzahl	Zielwert 2014	Zielwert 2015
1	Anzahl der an Stadtteilversammlungen teilnehmenden Kinder und Jugendlichen pro Jahr	300	300
2	Anzahl der beteiligten Kinder und Jugendlichen (alle Beteiligungsaktivitäten)	1200	1200
3.	Anteil der bei den Beteiligungsaktivitäten teilnehmenden Mädchen	50%	50%
4	Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund an allen TeilnehmerInnen der Stadtteilversammlungen	50 %	50 %
5	Anteil der Kinder in der Altersgruppe zwischen 9-13 Jahre an allen TeilnehmerInnen der Beteiligungsaktivitäten	45 %	45%
6	Anteil der Jugendlichen der Altersgruppe zwischen 14 und 17 Jahre an allen TeilnehmerInnen der Beteiligungsaktivitäten	40%	40%

Im Hinblick auf die Strukturqualität des Beteiligungsmodells ist sicherzustellen, dass weder auf Stadtebene noch in Mannheim insgesamt Doppelstrukturen geschaffen werden. Weitere Prüfkriterien werden im Rahmen der wissenschaftlichen Evaluation in Zusammenarbeit mit einer Hochschule erarbeitet (s. auch 5.).

4.2 Handlungsansätze zur Umsetzung des Beteiligungskonzepts

4.2.1 Stadtteilversammlungen (Schwerpunkt)

Es finden jährlich sieben stadtteilorientierte Kinder- und Jugendversammlungen statt. Mit ihnen werden nicht nur Kinder und Jugendliche erreicht, die sich sonst wenig bis gar nicht beteiligen.

Auch beziehen sich die Themen der Kinder und Jugendlichen auf ihr konkretes Wohnumfeld und

ihren Alltag, so dass sie in der Regel ihre Anliegen sehr konkret formulieren und an die Politik weitergeben können (siehe auch Anlage 1).

4.2.2 Kindergipfel

Alle vier Jahre im Wechsel mit dem Jugendgipfel soll ein zentraler Kindergipfel stattfinden, der zum Schwerpunkt die politische und kulturelle Bildung hat. Die Kinder arbeiten einen Tag lang in unterschiedlichen Workshops und zeigen im Anschluss den Vertreter/innen der Politik, was sie sich zum Thema gemacht haben. Die Ergebnisse sind für den Gemeinderat sehr wertvoll, da sie eine Orientierung geben, mit was sich Kinder in Mannheim aktuell auseinandersetzen.

In Vorbereitung für den ersten Kindergipfel sind zehn Reporterteams der 6. Klasse des Karl-Friedrich-Gymnasiums beim Kinderspektakel am 21. September 2013 durch den Luisenpark gezogen, um Kinder zu interviewen. Gefragt wurde nach ihren Wünschen und Anliegen zu Themen wie Verkehr, Freizeitgestaltung und gesunde und günstige Einkaufsangebote. Die Aktion diente zur Vorbereitung des Kindergipfels. Der erste Kindergipfel in Mannheim soll im Rahmen der 20-Jahr-Feier der Kinderrechte des Landes Baden-Württemberg im November 2014 stattfinden. An der Konkretisierung des Konzepts wird gearbeitet.

4.2.3 Jugendgipfel

Analog zum Kindergipfel soll alle vier Jahre ein zentraler Jugendgipfel stattfinden, der zum Schwerpunkt die politische und kulturelle Bildung hat. Die Jugendlichen arbeiten einen Tag lang in unterschiedlichen Workshops und zeigen im Anschluss den Vertreter/innen der Politik, was sie sich zum Thema gemacht haben. Auch hier ist Beteiligung ein Thema, jedoch werden in der Regel keine konkreten Anliegen formuliert und weiterbearbeitet. Die Ergebnisse sind für den Gemeinderat sehr wertvoll, da sie eine Orientierung geben, mit was sich Jugendliche in Mannheim aktuell auseinandersetzen. Für die Durchführung eines Jugendgipfels braucht es sehr viele Akteure der Kinder- und Jugendhilfe und der Schulen. Die Vernetzung ist deshalb weiter zu entwickeln. Das bestehende Veranstaltungskonzept wird überarbeitet.

4.2.4 Projektorientierte Beteiligung

Weiterhin wird projektorientiert Beteiligung für Kinder und Jugendliche möglich gemacht. Die Projekte können Ergebnis der Stadtteilversammlungen sein oder sich wie bisher aus dem Engagement in den Stadtteilen ergeben oder von der Verwaltung vorgeschlagen werden. Die projektorientierten Beteiligungsangebote werden in hohem Maße von den Akteuren vor Ort und in den bisherigen Strukturen verantwortet, begleitet und durchgeführt.

4.2.5 Weitere Aktivitäten zur Förderung der demokratischen Beteiligungskultur

Darüber hinaus werden zur Förderung der demokratischen Beteiligungskultur von unterschiedlichen Trägern stadtweit Bildungs- und Beteiligungsangebote gemacht wie z.B.

- Mannheimer Aktionsplan für Demokratie und Toleranz (Leitziel: Kinder- und Jugendbeteiligung)
– Beteiligung am Bundesprogramm
- Agenda-Diplom: Wenn ich im Gemeinderat wäre
- Rat-Tour: Führungen durch die GR-Arbeit
- Bock auf Wa(h)!: Podiumsdiskussionen und Jugendwahlen, die vom SJR in Kooperation mit dem FB 15, dem Bachgymnasium sowie der Carl-Benz-Schule organisiert werden
- Veranstaltungen und Kampagne zu „Kommunalwahl ab 16 Jahren“
- Förderung des kommunalpolitischen Engagements in den Jugendverbänden
- Qualifizierung junger Menschen für eine Beteiligung im Jugendhilfeausschuss
- Unterstützung des Mannheimer Schülerbeirats
- Unterstützung von Beteiligungsinitiativen von Kindern und Jugendlichen
- Think Big – Förderung von Kleinprojekten und –initiativen von Jugendlichen

4.2.6 Beirat zur Förderung der Kinder- und Jugendbeteiligung in Mannheim

Das OrgaTeam wird zukünftig von einem „Beirat zur Förderung der Kinder- und Jugendbeteiligung in Mannheim“ abgelöst. Der Beirat begleitet den Prozess der Kinder- und Jugendbeteiligung in Mannheim und hat die Aufgabe, die Weiterentwicklung und Implementierung der neuen Angebote der Kinder- und Jugendbeteiligung in Mannheim kritisch zu begleiten, zu fördern und für deren Einsatz zu werben. Darüber hinaus entwickelt der Beirat neue Ideen der Kinder- und Jugendbeteiligung in Mannheim.

Der Kinder- und Jugendbeirat trifft sich zweimal im Jahr und setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen:

- vier Kinder und Jugendliche der offenen Kinder- und Jugendarbeit, (jeweils 2 aus der Altersgruppe 9 bis 13 und 14 bis 17)
- vier Kinder und Jugendliche als Delegierte der verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit,
- ein Vorstandsmitglied des Schülerbeirats Mannheim,
- jeweils eine Vertretung der Jugendorganisationen der Parteien, die im Gemeinderat aktiv sind.

4.2.7 Virtuelle Kommunikationsplattform

Es soll sichergestellt werden, dass möglichst viele Kinder und Jugendliche sich am Meinungsaustausch und Meinungsbildungsprozess vor Ort und stadtweit beteiligen. Auch muss intensiv für das neue Beteiligungssystem in Mannheim geworben werden. Es muss attraktiv erscheinen, sich zu beteiligen. Hierbei spielen neue internetgestützte Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten aber auch traditionelle Informationsformen eine Rolle.

Das Jugendportal MAJO (Mannheimer Jugend online) wurde daher durch eine virtuelle Kommunikationsplattform erweitert, so dass ein Austausch über die aktuell diskutierten Themen, Anliegen und Anfragen ermöglicht wurde.

Die auf dem Jugendportal MAJO eingerichtete Internetseite zum Beteiligungsprojekt hat sich aber auf Grund der niedrigen Nutzungszahlen als wenig geeignetes Medium zur Bekanntmachung des Beteiligungsmodells erwiesen. Die Möglichkeit, Nutzerprofile und eigene Beiträge zu erstellen, wurde kaum genutzt. Sicherheitstechnisch brachte dies sogar Probleme mit sich, da sich Nutzer/innen registrierten, um Beiträge mit zweifelhaften Verlinkungen auf dubiose Internetseiten und Portale zu veröffentlichen, was einen erhöhten Überwachungsbedarf der Seite mit sich brachte. Letztendlich musste die Funktion zum Erstellen eigener Beiträge durch die registrierten Nutzerinnen und Nutzer deaktiviert werden, um weiterem Missbrauch vorzubeugen.

Wesentlich effektiver erwies sich die Einrichtung einer Facebook-Seite, mit der gezielt Informationen verbreitet werden können. Die Beteiligungsseite wird daher zu einer reinen Informationsseite umgebaut, die alle wichtigen Informationen und Termine enthält. Sie wird daher zukünftig als reine Informationsseite für alle am Mannheimer Kinder- und Jugendbeteiligungsmodell Interessierte dienen. Darüber hinaus wird die Seite mit der Facebook-Seite verlinkt, um auch einen Austausch und Dialog zu ermöglichen. Durch die Pflege der Facebook-Seite sollen die Zielgruppen bestmöglich mit Informationen erreicht werden. Die Besucher der Facebook-Seite haben dabei die Möglichkeit, Rückmeldungen und Kommentare abzugeben. Die Facebook-Seite kann von den Nutzer/innen über den „Gefällt mir“-Button aufgenommen werden, um aktuelle Meldungen direkt angezeigt zu bekommen; dies ist jedoch keine Voraussetzung, um die Inhalte der Facebook-Seite zu betrachten. Hierbei wird insbesondere auch auf die Beachtung der Richtlinien zur Facebooknutzung der Abteilung Jugendförderung ein besonderes Augenmerk gerichtet, um den Datenschutz der Besucher/innen zu gewährleisten (s. Anlage 3).

4.2.8 Andere Formen der Öffentlichkeitsarbeit

Die „Lümmelecke“ besteht aus Lümmeln (Sitzmöbeln), einem Tisch und I-Pads. Mit dieser Ausstattung gehen die Mitarbeiter/innen des Kinder- und Jugendbüros zu den Pausen in Mannheimer Schulen, in den Jugendtreff und auf öffentliche Plätze in den Stadtteil, stellen ihre Beteiligungsangebote vor und sammeln erste Anliegen und Interessen der Kinder und Jugendlichen vor Ort. Zum Verteilen wurde Werbematerial erstellt. Dazugehören „68Deins!“-Buttons, Postkarten und Notizblö-

cke. Aktuell in Planung ist ein kurzer Werbefilm für Kinder und Jugendliche über die neuen Beteiligungsangebote wie Lümmelecke, Stadtteilversammlungen, Kinder- und Jugendgipfel.

4.2.9 Kinder- und Jugendbüro „68Deins“

Das Kinder- und Jugendbüro ist der Motor der Kinder- und Jugendbeteiligung vor Ort, es motiviert Kinder und Jugendliche, Beteiligungsangebote wahrzunehmen. Es motiviert Stadtteilakteure, Kinder- und Jugendbeteiligung zu ermöglichen, Beteiligungsangebote mit zu gestalten und Anliegen der Kinder und Jugendlichen zeitnah zu einem Ergebnis zu führen. Das Büro hat die Methodenkompetenz, um die Zielgruppen zu erreichen.

Das Kinder- und Jugendbüro ist somit zuständig für das operative Geschäft der neuen Angebote wie Stadtteilversammlungen, Kindertag und Jugendtag, bezieht jedoch die Akteure vor Ort in diese Tätigkeiten mit ein. Darüber hinaus ist das Büro zuständig für eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit (Vor Ort-Präsenz, Social Media-Präsenz u.a., Arbeitsmaterialien).

Im Rahmen der Ergebnissicherung ist das Kinder- und Jugendbüro für die Konkretisierung der Anliegen und die Weiterleitung der Ergebnisse vor Ort zuständig. Das Büro erstellt die Dokumentation der Versammlungen und hat die Aufgabe, sich regelmäßig über den Bearbeitungsstand der Anliegen zu informieren und nach Bedarf Abläufe zu überprüfen. Das Kinder- und Jugendbüro führt selbst keine projektorientierte Beteiligung durch. Es arbeitet zielorientiert und ist für den Erfolg des Gesamtprojekts mitverantwortlich. Es arbeitet in enger Abstimmung mit FB 51.5.1 Fachstelle Politische Bildung, der 15.2.2 Kinderbeauftragten und der Geschäftsstelle des Stadtjugendrings. Das Kinder- und Jugendbüro stellt sicher, dass die Kinder- und Jugendbeteiligung in die Regelstrukturen überführt wird und die Akteure vor Ort in die Lage versetzt werden, das Angebot zu übernehmen.

Des Weiteren ist das Büro in folgenden Beteiligungs-Netzwerken aktiv:

- Kommunal: verwaltungsinternes Netzwerk Bürgerbeteiligung vom FB 15.2.2
- Land: Stiftung Mitarbeit / Netzwerk Beteiligung der Kommunen über 10.000 Einwohner
- Bund: Netzwerk „Jugend in Aktion“ / Strukturierter Dialog

Das Kinder- und Jugendbüro ist mit zwei Personen besetzt. Jeweils eine Mitarbeiterin/ein Mitarbeiter werden vom Fachbereich Kinder, Jugend und Familie/Jugendförderung und vom Stadtjugendring Mannheim e.V. gestellt.

4.2.10 Steuerungsteam

Das Steuerungsteam ist verantwortlich für den Prozess in der Implementierungsphase. Im Steuerungsteam vertreten sind die Abteilungsleitung der Jugendförderung (Jugendamt), die Kinderbeauftragte des FB 15 (Rat, Beteiligung, und Wahlen) sowie die Geschäftsführung des Stadtjugendrings Mannheim.

- Die Vertretung des Jugendamts hat die Federführung und Verantwortung für Umsetzung und Implementierung des Beteiligungsmodells in den Regelstrukturen der offenen Jugendarbeit und der Jugendhilfe.
- Die Vertretung des Fachbereichs Rat, Beteiligung und Wahlen trägt die Verantwortung und Federführung für die Verankerung der Kinder- und Jugendbeteiligung im Rahmen des Gesamtauftrags „Bürgerbeteiligung“ – auch im Bezug zu den Bezirksbeiräten und im Hinblick auf die Stadtverwaltung insgesamt.
- Die Vertretung des Stadtjugendrings hat die Federführung für die Vermittlung der Beteiligungsaktivitäten in die Jugendverbände und in die offenen Jugendeinrichtungen des Stadtjugendrings.

Das Steuerungsteam trägt gemeinsam Verantwortung für die Konkretisierung des Modells der Kinder- und Jugendbeteiligung in Mannheim und seine Konzeptentwicklung, die Implementierung des Konzepts in Verwaltungshandeln und Politik, die Evaluation in Zusammenarbeit mit einer Hochschule sowie die Öffentlichkeitsarbeit zu Kinder- und Jugendbeteiligung in Mannheim. Im Rahmen der Zielerreichung ist das Steuerungsteam für die Qualitätssicherung der Angebote und die Überprüfung ihrer Wirksamkeit zuständig. Die Mitglieder des Steuerungsteams können im Rahmen der Zielmatrix Projekte initiieren, fördern und begleiten.

Des Weiteren ist das Steuerungsteam in folgenden Beteiligungs-Netzwerken aktiv:

- Kommunal: verwaltungsinternes Netzwerk Bürgerbeteiligung vom FB 15.2.2
- Land: Stiftung Mitarbeit / Netzwerk Beteiligung der Kommunen
- Land: Landesjugendring (SJR)
- Land: AG der Stadt- und Kreisjugendringe Nordbaden (SJR)
- Land: Landesarbeitsgemeinschaft Kinderinteressen Baden-Württemberg (KieV)
- Bund: Netzwerk „Jugend in Aktion“
- Bund: Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Kinderinteressenvertretungen

4.2.11 Kooperationen mit Politik, Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe

Die Kooperation mit der Politik wird intensiviert. Die bisher gelungene Form der Zusammenarbeit mit zuständigen Bezirksbeiräten wird weiterentwickelt und das Erfahrungsfeld mit neuen Stadtteilen vergrößert. Genauer untersucht werden soll in der Implementierungsphase der Informationsfluss in den Gemeinderat und die Einbindung von Mitgliedern des Gemeinderates in die konkrete

Projektarbeit. Zu überprüfen ist ebenfalls, ob über diesen Weg, eine echte Teilhabe realisiert werden kann Und vor allem wie diese auch von den Kindern und Jugendlichen selbst bewertet wird.

Für die Durchführung von Stadtteilversammlungen sowie der Kinder- und Jugendgipfel wird verstärkt die konkrete Zusammenarbeit mit Schulen, Jugendverbänden und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe gesucht. Nur so ist gewährleistet, dass die Veranstaltungen von den Kindern und Jugendlichen gut angenommen werden können. Darüber hinaus ist in den Folgejahren notwendig, breiter über das Modell der Kinder- und Jugendbeteiligung in den Stadtteilen zu informieren. Es ist wichtig, sowohl die Schulen, die Jugendverbände als auch die Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe als Multiplikator/innen, Pat/innen für die Anliegen der Kinder und Jugendlichen und als Durchführer/innen konkreter Projekte gewinnen zu können. Ziel ist es, die Statteilakteure im Rahmen einer Überführung der Kinder und Jugendbeteiligung in die Regelstrukturen zu befähigen, selbstständig eine kontinuierliche Kinder und Jugendbeteiligung im Stadtteil sicherzustellen. Hierfür wird von einem Zeitraum von 5 Jahren ausgegangen. Dabei sollen die bestehenden Vernetzungen im Stadtteil wie Stadtteilkonferenzen der Kinder- und Jugendhilfe, Quartiergremien u.a. genauso genutzt werden wie neue Formen der Vernetzungen, wie z.B. des Fachbereichs Bürgerdienste, die seit 2012 im Rahmen der Stadtteilorientierten Verwaltung stadtteilbezogene Verwaltungsversammlungen durchführen oder auch das verwaltungsinterne Vernetzungstreffen Bürgerbeteiligung vom Team Bürgerschaft und Beteiligung des Fachbereich Rat, Beteiligung und Wahlen.

5. Evaluation und Qualitätssicherung

Zur Sicherung der Qualität der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen werden Kriterien angelegt, die basierend auf der der Analyse von Uwe Kamp (s. DKHW 2010) entwickelt worden sind.

Als mögliche Parameter benennt er

1. Ergebnisqualität (erzielte Resultate)
2. Prozessqualität (wie und wann wurde das Ergebnis erreicht und wie gestaltet sich die Kommunikation zwischen den Beteiligten)
3. Strukturqualität (wie sahen die personellen und finanziellen Ressourcen und die Verfahrensregelungen zur Verschränkung von Planung und Umsetzung aus?)
4. Sichtweise der Kinder und Jugendliche (sie sagen, ob ein Partizipationsvorhaben Erfolg hatte oder nicht; Abgleich eigener Erwartungen und dem tatsächlichen Erleben)
5. Methodenvielfalt (Beteiligungsformen müssen zeitgemäß empfunden werden)
6. Öffentlichkeitsarbeit (Öffentlichkeit sollte über Evaluierungsergebnisse informiert werden)

(aus: DKHW e.V (Hrsg.) 2010: Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen in Deutschland, ein Vergleich der gesetzlichen Bestimmungen in den Bundesländern, S. 69)

In der Erprobungsphase lag der Fokus beim Erarbeiten und Testen verschiedener Veranstaltungskonzepte (wie Lümmelecke, Stadtteilversammlungen und Jugendgipfel) und im Aufbau von Kommunikationsstrukturen mit den jungen Menschen, in die Verwaltung und in die Stadtteile hinein.

Im nächsten Schritt soll die Evaluation der Beteiligungsangebote selbst stärker in den Vordergrund rücken, um auf die Frage nach der Nachhaltigkeit eine Antwort geben zu können.

Die Evaluation dient damit einer wissenschaftlichen Absicherung, Überprüfung und Anpassung der eigenen Zielsystematik. Angedacht ist darüber hinaus eine Langzeitstudie, in der eine Gruppe von Menschen regelmäßig nach ihrem Beteiligungsverhalten gefragt wird, angefangen als Kinder von Stadtteilversammlungen bis hin zu jungen Erwachsenen, die evtl. im Gemeinderat aktiv sind.

Anlagen

Anlage 1: Das Konzept der Stadtteilversammlungen

Wann welche Stadtteilversammlung wo stattfindet hängt von vielem ab. Aus den Erfahrungen der Modelphase lassen sich folgende Faktoren darstellen:

- Es gibt eine Anfrage, z. B. von Kindern und Jugendlichen, vom Bezirksbeirat und von Stadtteilakteuren vor Ort.
- Es hat bereits eine Stadtteilversammlung stattgefunden.
- Der Stadtteil ist zu heterogen, von daher sollte die Versammlung für einzelne Wohnquartiere wie Jungbusch oder Im Rott stattfinden.
- Es gibt Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe vor Ort, die bereit sind, die Versammlung mit zu organisieren, Kinder und Jugendliche zu motivieren und Anliegen weiterzutragen.
- Es gibt Räumlichkeiten, an denen sie stattfinden kann.

Die Ergebnisse der Stadtteilversammlungen sollten gliederbar sein in:

- Anhörung: Das sollte Politik wissen,
- konkreter Handlungsbedarf,
- konkrete Anliegen.

In der ersten Anhörungsrunde werden die Anwesenden motiviert, erste Entscheidungen zu treffen:

- Politik: Das mache ich mir zum Thema!
- Verwaltung: Darum kümmere ich mich!
- Kinder und Jugendliche: Das verfolgen wir weiter!
- Kinder- und Jugendbüro: Wir sorgen für die Kommunikation der Kinder und Jugendlichen mit dem Bezirksbeirat, Akteuren vor Ort etc.

Der Zeitpunkt einer Versammlung ist so gewählt, dass er vor einer vorbereitenden Sitzung des Bezirksbeirates stattfindet, damit in der Nacharbeit Kinder und Jugendliche die Möglichkeit haben, dem Bezirksbeirat in einem nicht-öffentlichen Rahmen ihre Ergebnisse vorzutragen. In diesem Rahmen können vertrauensvolle Gespräche entstehen, die helfen, Themen und Anliegen zu klären und erste Vereinbarungen zu treffen. Mit dem Bezirksbeiratsbudget hat der Bezirksbeirat darüber hinaus die Möglichkeit, zeitnah auf besondere Anliegen zu reagieren bzw. deren Umsetzung zu ermöglichen (z.B. Trampolin fürs Jugendhaus).

Innerhalb eines Jahres finden bis zu sieben Stadtteilversammlungen statt. Damit kann in den 17 Bezirken ca. alle 2-3 Jahre eine Versammlung stattfinden. Stadtteilorientiert wären das bei 24 Stadtteilen ca. alle 3-4 Jahre.

Die Durchführung der Stadtteilversammlung erfolgt in drei Schritten:

Gestartet wird mit einem Vorbesuch in Schulen und in Jugendeinrichtungen. Mit „Lümmelecke & I-Pads“ wird niederschwellig der Kontakt zu Kindern und Jugendlichen hergestellt, um sie zu motivieren und erste Themen für die Stadtteilversammlung zu sammeln.

Des Weiteren finden auf Stadtelebene Gremienbesuche statt, um über das Beteiligungsangebot zu informieren und Multiplikator/innen zu gewinnen.

Im zweiten Schritt findet die Stadtteilversammlung an sich statt, die in der Regel aus drei Blöcken besteht:

- Ankommen (Begrüßung, offenen Themensammlung (Ideenflow))
- Arbeit an Thementischen (Verdichtung der Themen, Priorisierung, Konkretisierung, Auswahl von bis zu drei Themen), die zu Anliegen bzw. aus denen Projekte weiterentwickelt werden können
- Gespräch mit Politik (Anhörung, Diskussion, Aufgabenverteilung)

Der dritte Schritt ist die konkrete Bearbeitung der Anliegen. Sie beginnt mit der Anhörung der Kinder und Jugendlichen in der nicht-öffentlichen Sitzung des Bezirksbeirates.

Um bestimmte Zielgruppen besser erreichen zu können oder besondere Anliegen schlüssiger zu formulieren, haben sich als methodische Varianten die Stadtteilrundgänge und Schulprojekte an Grundschulen bewährt.

Anlage 2:

Richtlinien zur Nutzung von Facebook / sozialen Netzwerken in den städtischen Jugendeinrichtungen und bei den zentralen Angeboten des Jugendamtes / Abteilung Jugendförderung

1. Auftritte von kommunalen Jugendeinrichtungen und zentralen Sachgebieten der Jugendförderung in sozialen Netzwerken (Facebook) werden befürwortet.

Das Weitergeben von Information und die Kommunikation mit den verschiedenen Zielgruppen sind wichtige Voraussetzungen für eine gute Jugendarbeit. Maßgeblich sind hierbei die Kommunikationsgewohnheiten der Jugendlichen. Die Besucherzahlen unserer Websites gehen zurück, wohingegen Facebook sich als Kommunikationsmedium etabliert hat. Die Abteilung Jugendförderung unterstützt ein verstärktes Engagement auf Facebook, als Ergänzung zu unseren sonstigen Kommunikationswegen. Ziel ist es, Kinder und Jugendliche adäquat anzusprechen und über unsere Einrichtungen, Projekte und Veranstaltungen zeitnah und zeitgemäß zu informieren.

2. Die eingestellten Inhalte und Beiträge haben das Ziel, die Angebote der Jugendarbeit darzustellen. Soziale Netzwerke eignen sich nicht für die sozialpädagogische Beziehungsarbeit.

Durch die Erstellung und die Pflege einer Facebook-Seite sollen die Zielgruppen der Jugendarbeit bestmöglich mit Informationen erreicht werden. Die Besucher der Facebook-Seite haben dabei die Möglichkeit, Rückmeldungen und Kommentare abzugeben. Die Facebook-Seite kann von den Nutzern über den „Gefällt mir“-Button aufgenommen werden, um aktuelle Meldungen direkt angezeigt zu bekommen; dies ist jedoch keine Voraussetzung, um die Inhalte der Facebook-Seite zu betrachten. Die Facebook-Seite dient nicht der Beziehungsarbeit, weil für die direkte Interaktion zwischen den pädagogischen Mitarbeiter/innen und den Kindern und Jugendlichen in sozialen Netzwerken nicht der notwendige Persönlichkeitsschutz der Kinder und Jugendlichen gewährleistet werden kann.

3. Der dienstliche Auftritt in Facebook ist vom privaten Auftritt der Mitarbeiter/innen zu trennen.

Eine Vermischung zwischen dienstlichem und privatem Account auf Facebook ist nicht zulässig. Stellt sich eine Einrichtung auf Facebook vor, ist dies ausschließlich als sogenannte „Facebook-Seite“ (nicht über ein „privates Profil“) möglich. Es darf kein privater Account nachträglich als städtische Institution (z.B. als Seite eines Jugendhauses) dargestellt werden.

Auftritte von Jugendeinrichtungen, die über ein privates Profil eingerichtet wurden, sind zu löschen und als Facebook-Seite neu anzumelden. Mit der Einrichtung einer Facebook-Seite trägt die Einrichtung dazu bei, den Datenschutz der Besucher zu gewährleisten, weil es mit einer solchen Seite

nicht möglich ist, in die privaten Daten der Personen zu schauen, denen die Facebook-Seite der Einrichtung „gefällt“.

4. Im Rahmen des dienstlichen Auftritts ist die städtische Mailadresse zu verwenden.

Um eine Facebook-Seite zu erstellen, muss man eine Mailadresse angeben. Um die Trennung von dienstlichem und privatem Engagement zu verdeutlichen, muss die Person, die die Facebook-Seite der Jugendeinrichtung erstellt, sich mit der dienstlichen Mailadresse (vorname.nachname@mannheim.de) bei Facebook anmelden. Die Erstellung eines persönlichen Accounts ist hierfür nicht notwendig. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die neben dem Anmelder/der Anmelderin als zusätzliche Administratoren der Facebook-Seite tätig werden, können dies allerdings nur über einen persönlichen Account. Dieser muss mit der städtischen Mailadresse erstellt werden. Private Kontakte und private Kommunikation sind unter diesem dienstlichen Account nicht zulässig.

5. Auftritt und Einträge müssen regelmäßig kontrolliert werden.

Für die regelmäßige Überprüfung und Gestaltung der Inhalte einer Seite auf Facebook sind mindestens zwei Verantwortliche zuständig. Es gilt das Vier-Augen-Prinzip. Findet sich in der Einrichtung keine Person, die mit einem Profil bei Facebook vertreten ist, genügt auch die regelmäßige Kontrolle der öffentlichen Seite durch die Sachgebietsleitung. Eine regelmäßige Kontrolle der Inhalte bedeutet, nach aktuellen Empfehlungen, einen Seitencheck mindestens alle drei Tage.

Anlage 3: Tabellarische Übersicht der Veranstaltungen (2011 – 2013)